

PRESSEMITTEILUNG

TELEFAX – 2 SEITEN

SPD

STADTRATSFRAKTION

NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

SPD fordert Maßnahmenkatalog

Mobilität und demografischer Wandel

„Als Stadt fühlen wir uns verpflichtet, allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen“, betont der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Brehm. „Der demografische Wandel hat dabei einen entscheidenden Einfluss auf das Mobilitätsverhalten und die Mobilitätsbedürfnisse der Nürnbergerinnen und Nürnberger und wird zu spürbaren Veränderungen führen.“ Darauf wollen die Sozialdemokraten im Rathaus mit einem Maßnahmenkatalog reagieren.

Basis dafür soll eine Studie zum Mobilitätsbedürfnis und -verhalten älterer Menschen sein, die neben wichtigen Daten auch die Faktoren und Umstände, die Mobilität behindern oder einschränken, untersucht. „Manchmal sind es vergleichsweise einfache Dinge“, weiß Brehm. „Immer wieder wird der Wunsch nach zusätzlichen Sitzbänken an uns herangetragen, um Spaziergänge und wichtige Erledigungen zu erleichtern. Wir möchten prüfen, ob wir über das Modell ‚Aus 1 macht 3‘ auch Sponsoren und Förderer gewinnen können, um zusätzliche Bänke aufzustellen“, fordert Brehm. „In manchen Ecken müssen wir auch die Beleuchtung verbessern.“

Eine zentrale Herausforderung bei dem Thema ist nach Ansicht der SPD die Barrierefreiheit. Die bisherigen Aktivitäten der Stadt als auch das mittlerweile im Personenbeförderungsgesetz verankerte Ziel der vollständigen Barrierefreiheit bis 2022 sind wichtige Bausteine, die konsequent weiter bearbeitet werden sollen. Deshalb soll für Nürnberg eine Gesamtstrategie, wie die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und für die Verkehrsmittel weiter vorangetrieben werden kann, entwickelt werden. „Ein ergänzender Baustein könnten dabei auch spezielle Mobilitätstrainings der VAG sein, wie sie von anderen Verkehrsbetrieben bereits erfolgreich angeboten werden“, meint Brehm.

Nachdem sich die Kritik an mangelnden Verkaufsstellen für VAG-Tickets häuft, will die SPD zu diesem Thema noch einmal das Gespräch suchen. „In einem ersten Schritt muss die VAG einen Kriterienkatalog erarbeiten, an welchen Standorten

Fahrscheinverkaufsstellen mit Beratungsangebot (auch durch private Dienstleister) eingerichtet und erhalten werden“, fordert Brehm. „Dabei ist vor allem sicherzustellen, dass in der Nähe von Einrichtungen für Ältere entsprechende Serviceangebote aufrechterhalten werden.“

Die Konzeption und Menüführung an Fahrkartenautomaten ist nach Meinung der SPD noch optimierbar. „Zielsetzung muss sein, die Benutzerfreundlichkeit zu erhöhen und die passende Ticketwahl zu erleichtern“, meint der Verkehrspolitiker.

„Es gibt allerdings Aspekte in diesem Gesamtkontext Mobilität, bei denen sich auch ambivalente Entwicklungen abzeichnen und wir noch gemeinsam nach Lösungen suchen müssen“, bedenkt Brehm. Zwei Beispiele hat der SPD-Stadtrat parat:

- Der öffentliche Nahverkehr gewinnt in Nürnberg durch den Netzausbau von U- und Straßenbahn an Qualität und Attraktivität. Dies führt allerdings in der Tendenz zu weniger Haltestellen, was den Fußweg gerade für ältere Menschen verlängert und erschwert.
- Mobile Lieferdienste sind eine Möglichkeit, den für manche beschwerlichen Weg mit dem ÖPNV in den Supermarkt zu vermeiden und die Versorgung sicherzustellen. Zugleich gibt es bei den Menschen ein Bedürfnis nach sozialen Kontakten, das leidet, wenn die eigene Wohnung beinahe nicht mehr verlassen wird.

Um Chancen und Risiken zu untersuchen fordert die SPD-Stadtratsfraktion ein Modellprojekt, das untersuchen soll, wie durch zusätzliche Angebote („Hol- und Bringdienste“) Erschließungslücken des ÖPNV geschlossen werden können und Bürgerinnen und Bürger für sie wichtige Einrichtungen (z.B. Ärzte, Apotheken aber auch Dienstleistungserbringer wie Frisöre) erreichen können.

„Am Beispiel Mobilität und Verkehr wird deutlich, welche weitreichenden Auswirkungen der demographische Wandel auf unsere Gesellschaft hat. Aber wir sind zuversichtlich, dass wir uns in Nürnberg diesen Herausforderungen gemeinsam stellen können“, so Brehm abschließend.

Nürnberg, 23. Februar 2014